

Ein Wohnungsverband Groß-Berlin.

Die Vorarbeiten für die Errichtung eines Wohnungsverbandes Groß-Berlin zum Zwecke der Versorgung der heimkehrenden Krieger mit Wohnungen sind, wie wir hören, im großen und ganzen abgeschlossen und man darf mit Sicherheit erwarten, daß seine Gründung bald erfolgt. Dieser Verband wird die beiden Kreise sowie alle zu Groß-Berlin gehörenden Stadtgemeinden umfassen und nach einheitlichen Grundrissen bei der Beschaffung von Wohnungen für die Familien sorgen, deren Ernährer jetzt im Felde stehen und für die sich später die Notwendigkeit einer Versorgung mit Wohnungen herausstellen wird. Trotz des gemeinsamen Vorgehens wird Berlin noch selbständig Vorkehrungen zur Linderung einer etwaigen Wohnungsnot treffen, weil immerhin angenommen werden muß, daß ein Zustromen der Familien, die in den Vororten nicht untergebracht werden können, wieder nach Berlin erfolgen wird.

Der voraussichtliche Wohnungsbedarf richtet sich nach der Zahl der heimkehrenden Krieger, die eine Familie haben. Für Berlin kommen voraussichtlich von solchen 16 000, für Groß-Berlin 30 000 in Betracht. Der normale jährliche Wohnungsbedarf im Frieden rechnet mit einem Zuwachs von 5000 Wohnungen in Berlin und 10 000 für Groß-Berlin. Zur Abhilfe einer dringenden Wohnungsnot empfiehlt es sich, die Bewohnbarmachung von leerstehenden gewerblichen Räumen und leerstehenden Läden in erste Reihe zu stellen. Dann erst die Schulen und Neubauten von Baracken. Aus wirtschaftlichen Gründen sei es zu empfehlen, von Hausneubauten abzugehen, denn es würden dazu kaum 100 Millionen reichen, während man für die Bewohnbarmachung von 5000 leerstehenden Räumen nur 5 Millionen brauchen würde. Es handelt sich ja im wesentlichen um die Beschaffung von Kleinwohnungen; die letzte Zählung 1916-17 zeigte als leerstehend in Berlin 14 000, und in den Vororten 5000. Ob sich diese Ziffern wesentlich verändert haben, wird die Reichswohnungszählung ergeben. Jedenfalls zeigen jetzt schon diese Zahlen, daß eine katastrophale Wohnungsnot nicht behauptet zu werden braucht. Der Magistrat will zunächst 5 Millionen bereitstellen, um die notwendigen Baumaterialien sich zu sichern.